



Rebecca Harms

Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament



Frieden und Krieg

19. - 21. Februar 2015 - Berichte aus der Ukraine

Teil 1

Vier Tage nach dem Inkrafttreten von Minsk II Kiew

Es ist nicht gelungen, die Erwartungen auf Erfolge durch die Minsker Verhandlungen mit Wladimir Putin gering zu halten. Dabei hatten die Unterhändler Angela Merkel und Francois Hollande alles dafür getan. Aber jeder, der die Entwicklungen des Krieges im Donbas verfolgt, kann sich nur wünschen, dass es Erfolge geben möge und dass die Kämpfe aufhören. Ein Jahr ist es jetzt her, dass die Gewalt gegen die Euromaidanbewegung nach dem mörderischen Scharfschützeinsatz zunächst endete. Den hundert Toten wird in diesen Tagen in Kiew gedacht. Aber in die Trauer um die Opfer der Scharfschützen auf dem Maidan, in die Erinnerungen an die Flucht von Janukowitsch und an den Neuanfang in der Verkhovna Rada mischen sich 4 Tage nach dem offiziellen Beginn der Waffenruhe wieder neue sehr schlechte Nachrichten aus dem Osten des Landes. Die Widersprüche der auch ohnehin schrecklichen Meldungen über die eingekesselten Bürger und ukrainischen Soldaten bei Debatseve bestimmen fast alle Gespräche. Es ist schwer, optimistisch zu sein.



Die Innenstadt von Kiew bleibt ein Ort der Trauer und Erinnerung.

Auf dem Maidan in Kiew, auf der Institutskaja und der Hruschewskaja finden sich überall Denkmäler an die Toten vom Euromaidan. Keines ist ohne frische Blumen. Für die Trauerfeiern und Veranstaltungen der nächsten Tage ist eine große Bühne aufgebaut. Eine Fotoausstellung auf dem



Rebecca Harms

Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament



Platz erzählt die Stationen des Euromaidan. Junge Leute sammeln für Soldaten, Bataillone und Flüchtlinge. Aber bestimmt wird das Zentrum Kiews weiter von dem unablässigen Strom der Menschen zu den Orten der Trauer. Die Trauer eint die Menschen hier. Was ich auch bei diesem Besuch wieder mit den Menschen in Kiew teile, das ist die Fassungslosigkeit. Man bleibt fassungslos darüber, wie dieses Land, diese Nation, diese Euromaidanaktivisten in einen Krieg gezogen werden konnten, den sie nie wollten. Fassungslos darüber, dass der gewaltfreie Protest, die Platzbesetzung, zu der der Journalist Mustafa Nayem im November 2013 aufgerufen hatte, den Kreml so herausfordern konnte, dass ein Jahr später ein globaler Konflikt die Folge ist. Im Februar vor einem Jahr standen wir vor den Särgen der "Holy Hundred". Inzwischen sind mindestens 5.000 bis 6.000 Menschen gestorben. Die Zahl der Verletzten und Verkrüppelten geht in die Zehntausende. Das Schicksal der Kinder schreit wie in jedem Krieg zum Himmel. Mindestens eineinhalb Millionen Menschen sind von der Krim und aus dem Donbas geflüchtet. Den Menschen in der Ukraine muss also niemand erklären, dass Frieden eine gute Alternative wäre. Aber es sind nicht die Ukrainer gewesen, die Teile Russlands besetzt haben. Russland hat die Krim militärisch besetzt und danach annektiert. Und ohne die Unterstützung durch Waffen, Geld und Soldaten aus Russland gäbe es keinen Krieg im Osten der Ukraine. Deshalb stimmt es, dass eine Lösung nur mit Russland möglich ist. Eine dauerhafte Waffenruhe und erst recht Frieden ist nur dann möglich, wenn die Aufrüstung und Finanzierung der sogenannten Separatisten durch Russland endlich aufhört.



Wer kann sich mehr nach Frieden sehnen als die, die ihre Toten betrauern?

In Kiew wird in diesen Tagen viel gestritten über Poroshenko, Merkel und Putin. Journalisten, Politikerinnen, Wissenschaftler, Menschenrechtler oder meine Freunde: ich habe niemanden gehört, der sagte, dass die Verhandlungen von Minsk gar keinen Sinn machen. Alle meinen, dass Putin durch seine Beteiligung seine Verantwortung gesteht. Ich habe aber auch fast niemanden gehört, der daran glaubt, dass man in das Ergebnis vertrauen kann. Die Ukrainer sind voller Zweifel. Kein Wunder, denn für sie kam es seit einem Jahr, seit den Scharfschützen und der Besetzung der Krim, trotz aller



Rebecca Harms

Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament



Verhandlungen und aller Diplomatie, nie besser sondern immer schlechter. Die Zweifel, die an den Ukrainern nagen, haben auch mit uns, den Politikern und Bürgern der EU zu tun. Kiew liegt nicht hinter dem Mond. Jeder hier weiß, dass in Frankreich der Vertrag über die Lieferung von Mistralkriegsschiffen nach Russland am Tag nach dem Treffen in Minsk zwar erneut rausgeschoben wurde, aber doch gleich wieder Thema war. Jeder weiß, dass die EU sich über Unterstützung mit Waffen nie einigen wird. Aber jeder weiß auch, dass in der EU die Wirtschaftssanktionen immer wieder umstritten sind. Und die Frage, warum es europaweit Protest gegen amerikanische Diskussionen über Waffenlieferungen gibt aber keine lauten Proteste gegen die systematische Aufrüstung der Warlords im Donbas durch Russland, wird mir dauernd gestellt.

Der Westen erscheint den Ukrainern immer wieder uneinig. Präsident Poroschenko hat trotzdem in Minsk, nach Abstimmung mit der EU und den USA, für die ukrainische Seite große Zugeständnisse an die von Russland unterstützten Warlords im Donbas gemacht. Er wird dafür politisch angegriffen. Die Frage, was zu der verheerenden Lage der ukrainischen Armee in Delbatseve geführt hat, wird für die politische Debatte um die Lehren und den Umgang mit Minsk II sicher eine Rolle spielen. Ohne dass ich das schon beurteilen könnte, denke ich, dass Poroschenko in Minsk das Richtige versucht hatte. Es gibt den Krieg im Donbas nicht nur wegen Territorien. Das Sammeln russischer Erde ist zwar weiter ein beliebtes Motiv der Propaganda des Kreml und der Duma. Der Krieg dient aber klar dazu, den Weg der Ukrainer in Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit zu blockieren. Je länger der Krieg dauert desto schwieriger wird es, die Reformen anzugehen, die schon in normalen Zeiten an der Grenze des Machbaren oder sogar jenseits davon sind. Und sollte das Ergebnis von Minsk noch eine Chance haben, dann wird jede Dauerhaftigkeit davon abhängen, dass zuerst die Demarkationslinie kontrolliert und auch gehalten werden kann. Der zweite wichtige Schritt würde sein, die zur Zeit unkontrollierte Grenze zwischen Russland und der Ukraine ebenfalls zu kontrollieren und für militärischen Nachschub dicht zu machen. Die EU darf sich nicht wundern, dass Poroschenko dafür gerade wieder einen Blauhelmeinsatz ins Gespräch gebracht hat, den die russische Regierung sofort abgelehnt hat.

Hoffnungsvoll stimmt für den Aufbruch des Landes unter schwierigsten Bedingungen immer noch die starke, bis vor einem Jahr weitgehend unbekannte, Bereitschaft zur Selbstorganisation und Eigenverantwortung in der ukrainischen Gesellschaft. Diese neue selbstbewusste Seite der Ukraine ist gerade in den Anforderungen des Krieges und der humanitären Not noch stärker geworden. Die EU muss sich von diesen Menschen aus der Zivilgesellschaft unbedingt Anregung holen. Denn da ist nicht nur Bereitschaft die Regierung zu Reformen anzutreiben. Ideen, wie man das alte Denken und die alten Seilschaften los wird, findet man bei diesen Aktivisten. Der polnische Weg der Verwaltungsreformen, eine tatsächliche Stärkung der Städte und Gemeinden und der Regionen wird von Politikern und Bürgern als Beispiel genommen. Erste gesetzliche Regeln weisen in diese Richtung. Die neue und nachvollziehbare Verteilung von Entscheidungskompetenz und den Einnahmen des Staates, die Kommunalisierung und Dezentralisierung muss konsequenter vorangetrieben werden. Dieser wichtige Umbauprozess wird durch die Ideen zur Föderalisierung konterkariert. Die Föderalisierung, die von vielen Politikern der EU, die sich meist nie mit den Verhältnissen in der Ukraine beschäftigt haben, gern als bester Weg beschrieben wird. Aus der Sicht der Ukrainer wäre der Föderalismus der direkte Weg in die Balkanisierung des Landes. Die Gespräche mit neu gewählten Rada Abgeordneten zeigen die ganze Mühe derjenigen, die Veränderungen wollen. Sie haben ihre Ideen nicht verloren, aber die Debatte um den Krieg frisst Kraft. Denn auch hier wird über richtige und falsche Reaktionen, sogar über Waffen und Sanktionen gestritten. Und jede Reform dauert länger als gedacht. Dafür gibt es Gründe wie Beharrungskräfte aus der alten Zeit, eigene Fehler oder politischer Streit. Mir scheint, dass zu viele große Reformprojekte gleichzeitig bearbeitet werden. Und dass es eine ehrliche Debatte mit den Wählern über Fehler aber auch Grenzen oder Prioritäten geben muss.



Rebecca Harms

Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament



Hromadske TV ist das jüngste und engagierteste Medienunternehmen, das ich kenne und steht für den Aufbruch der neuen jungen selbstbewussten Ukraine!

Schon vor den jüngsten Treffen in Kiew wusste ich, dass wir uns in Brüssel auf einen langen Weg mit der Ukraine einstellen müssen. Es wird um viel Geld gehen. Aber Geld allein wird nicht genug sein. Den politischen Ansporn, der für ausreichenden Ehrgeiz in Brüssel und den Hauptstädten sorgen kann, findet man am besten bei und mit den Bürgerinitiativen. Es sind diese wie verwandelten Ukrainer, mit denen die EU die Zukunft des Landes mutig denken und Stück für Stück bauen muss. Auch ich denke, dass die Ukrainer sich bei den letzten Wahlen im Mai und Oktober 2014 für eine Führung entschieden haben, die die beste ist, die sie je hatten. Es war ein wichtiges neues Erlebnis, als Petro Poroschenko in der Nacht zum 15. Februar 2015 zur Waffenruhe aufrief. Überall auf der Welt sahen die Menschen zum allerersten Mal einen ukrainischen Präsidenten auf dem Bildschirm, den sie auch verstehen konnten. Aber den Dreh zum demokratischen Aufbruch haben nicht Poroschenko oder Jatsenjuk oder Klitschko hingekriegt. Den Dreh haben junge Leute, Journalisten und Studenten und andere aus dem ganzen Land in Gang gesetzt, als sie im November 2013 gewagt haben, zum Euromaidan aufzurufen. Eine junge eher linke Demokratiebewegung gab den Startschuss wenige Tage vor dem Gipfel in Vilnius. Das Inkrafttreten von Minsk II fällt auf den Beginn der Woche vor einem Jahr, die mit der Flucht des gewaltbereiten Kleptokraten Janukowitsch aus der Ukraine endete. Der positive junge Patriotismus, der in der Ukraine aus den Hütten des Euromaidan gewachsen ist, der kann sich angesichts der Aggression in einen wütenden Nationalismus verwandeln. Bisher aber widerstehen die Ukrainer dieser Gefahr besser als andere Nationen, gerade auch in der EU. Aber die vielen bezahlten und unbezahlten Trolls und Agenten des Kremls arbeiten seit langem an der Fälschung dessen, was der Euromaidan und was die Ukraine von heute ist. Viel zu oft höre und lese ich in Berlin, Wien, Paris, London oder Athen Lügen darüber, dass die EU, dass ein expansiver Westen die Ukrainer in die Assoziierung mit der EU und zur Abkehr vom Brudervolk gezwungen habe. Zu oft höre und lese ich wiedergekäute wichtigtuerische Zweifel am Wunsch und



Rebecca Harms

Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament



Willen der Ukrainer. So tief sitzt bei einigen ein Misstrauen an der EU oder dem "Westen" selber, dass sie sich nicht vorstellen können, ohne Druck und abgefeimte CIA Strategien könnten sich Ukrainer für Brüssel, Berlin, Warschau und Paris statt für Moskau entscheiden. Schade, dass nur wenige EU-Wessis sich nach Kiew aufmachen, um sich ein eigenes Bild zu machen. Der Wille der Ukrainer sich endgültig aus den Trümmern der Sowjetunion und aus dem ungerechten Oligarchischen System herauszuarbeiten, das auf diesen Trümmern errichtet wurde, der wird hier überall deutlich. Es ist natürlich die junge Generation, die das am meisten will.



Mehr EU Wessis müssen sich ein eigenes Bild von der Ukraine machen. Diese hier kamen dank Erasmus.

Fortsetzung folgt



Unterwegs nach Osten



Rebecca Harms

Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament



19. - 21. Februar 2015 - Ein Jahr nach den Scharfschützen auf dem Maidan und der Flucht des Kleptokraten Janukowitsch 2.Teil

Wenige Tage nach Minsk II Charkiw

Ortswechsel. Nach zwei Tagen in Kiew komme ich in Charkiw an. Die kleine Nichtregierungs-Organisation "Kiewer Gespräche" hat nicht nur in Kiew, sondern inzwischen auch in anderen Städten der Ukraine kleine Dependancen. Sie haben meinen Besuch mit vorbereitet. Zuerst diskutiere ich mit verschiedenen Organisationen der Freiwilligen, mit Soldaten, Schülern und Lehrern.



Meine großartigen Freunde aus Charkiw im Krisen- und Informationszentrum



Rebecca Harms

Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament



Minsk II ist das brennende Thema. Eine junge Frau, Journalistin aus Donetsk, insistiert hartnäckig und voller Ungeduld. Der Westen helfe der Ukraine nicht genug. Sie beschreibt die Einkesselung und den Beschuss von Debaltsewe. Das finde schon statt, während die Tinte unter dem Minsk II Abkommen noch nicht mal trocken sei. Der Westen und die Europäer verstünden gar nichts von diesem Krieg. Sie will wissen, warum so etwas Furchtbares wie in Debaltsewe und vorher in Illovajsk geschieht und die Zeitungen und das Fernsehen in der ganzen Welt kaum Platz dafür haben oder immer erst berichten, wenn es zu spät ist.

Auch wenn ich die Wechselhaftigkeit des Interesses im Westen erklären kann und einige Zuhörer nicht, bleibt die Enttäuschung. Und ich bin ja selber immer wieder davon enttäuscht. In Charkiw geht es bei Minsk II nicht um die Frage, ob man dafür oder dagegen ist. Keiner sagt, es sei falsch, um einen Waffenstillstand zu verhandeln. Erst recht ist niemand gegen einen Waffenstillstand. Aber es gibt eben keinen Glauben daran, dass es funktioniert. Der Forderung nach einer Blauhelm-Mission, die Poroshenko und andere jetzt vertreten, wird hier in Charkiw als notwendige Voraussetzung für eine dauerhafte Waffenruhe gesehen. Ich höre hier nicht zum ersten Mal, dass es trotz Minsk II Ankündigungen der Separatisten gebe, auch Charkiw zu besetzen. Was sagen Frau Merkel und Herr Hollande dazu? Wie soll es weitergehen, wenn die Aggression weiter geht? Diese Fragen ziehen sich von diesem ersten Termin eigentlich durch alle Gespräche.

Einige Lehrer sind gekommen, weil sie mich auf die Schwierigkeiten im Bildungssystem hinweisen wollen. Noch eine notwendige Reform! Der Bildungsbereich müsse reformiert werden. Die Schüler im Saal wollen wissen, was sie tun müssen, damit die Ukraine und sie selber eine gute Zukunft haben. Und sie fragen, ob ich denke, dass sie so gut sein können wie die Jugendlichen in Deutschland oder Frankreich. Und wie überall geht es auch um die Unzufriedenheit mit der Regierung in Kiew und den Politikern an und für sich.

Es gehe alles langsam. Veränderungen ließen zu lange auf sich warten. Im Gespräch ist aber auch zu spüren, wie der Krieg an allen zehrt. Die Organisationen der Freiwilligen in der Stadt sind groß. Aber auf Dauer werden sie nicht funktionierende Institutionen des Staates ersetzen können.



Nach der Diskussion mit Schülern, Lehrern und Soldaten in Charkiw

Charkiw hat die größte Zahl der Binnenflüchtlinge, die sich bisher in der Ukraine registrieren ließen. Offiziell erfasst sind 130.000. In den Schulen und Kindergärten werde sichtbar, wie groß die Anforderungen an alle sind. Freiwillige leisten einen Löwenanteil bei der Betreuung und Hilfe. Wie immer fehlen auch in dieser Diskussion nicht die Geschichten über Korruption. Besonders traurig wäre, wenn es stimmt, dass die Ausreise aus den von Warlords und sogenannten Separatisten kontrollierten Gebieten zum doppelten Abkassieren genutzt wird.

Ich kann nicht beurteilen, ob sich an den Kontrollpunkten auf beiden Seiten Leute etwas dazu verdienen. Aber die Ukrainer, die Behörden, die Politiker und die Bürger müssen alles tun, um das zu prüfen und auszuschließen. Wer Beschwerden über die Korruption hat, muss aber auch aufhören, immer nur Geschichten darüber zu erzählen. Denn diese Geschichten verderben die Stimmung im ganzen Land.

Etwas später gibt es eine kleine Diskussionsveranstaltung zur Mobilisierung für die ukrainische Armee. Auch um dieses Thema kochen die Gerüchteküche und die Emotionen. Während die einen sagen, es gäbe Massenverweigerung, heißt es in Charkiw, man hätte das Soll in der Region erfüllt. Unsere Reisebegleiterin und Dolmetscherin Tetyana erzählt aus ihrer Stadt Rivne von ihren Freunden und ihrer Familie und sagt, sie alle kennen niemanden, der sich geweigert habe. An der Diskussion, zu der auch Leute aus zwei Städten aus der ATO Zone über Livestream zugeschaltet sind, nehmen auf dem Podium Soldaten, die örtlichen Behörden und Psychologen teil. Es wird sehr ruhig diskutiert.

Mir gefällt, dass in einer Stadt in der Ukraine, die nah an dem Kriegsgebiet und an der russischen Grenze liegt, in einer öffentlichen Veranstaltung so besonnen darüber geredet wird, warum es die Mobilisierung braucht, aber auch, was daran schlecht läuft und was unbedingt anders sein sollte. Auch wenn es einige gibt, die gar kein Verständnis für Militärdienst-Verweigerung haben, wird auf dem Podium auch dafür plädiert, dass es einfach einen Ersatzdienst geben müsse. Und nicht nur die Religion sei ein Grund, nicht zur

Armee zu gehen. Und ein Soldat, der sich zum Dienst gezwungen fühle, werde wohl nur ein schlechter Soldat sein. Schon deshalb sei Zwang keine gute Lösung. So schwierig die Debatte ist, so sehr zeigt sich gerade auch darin die neue Ukraine.

Ich bin in das Fernsehstudio eines örtlichen Senders eingeladen. Vor mir ist eine junge Frau im Inter - view, die in Artemiwsk im Krankenhaus freiwillig als Krankenschwester für die Armee arbeitet. Dort sind in den letzten Tagen die Verletzten und Toten aus Debaltsewe eingeliefert worden. Auch sie weiß nicht, wie viele Soldaten verwundet wurden oder starben. Seit meiner Ankunft in Kiew gibt es Spekulationen um die Opfer des späten Rückzugs aus Debaltsewe. Die einen sagen, es seien viel mehr Opfer zu beklagen als zugegeben würde, die anderen meinen, es sei doch nicht ganz so schlimm wie befürchtet. Wem glauben? Den Journalisten, die etwas vor Ort beobachtet haben, den Sprechern der Armee oder der Regierung? Auch zwischen den Freunden in Charkiw geht es hin und her über die Qualität der Information in Zeiten des Krieges.

Aber die Aggressivität der russischen Propaganda würde bestimmt besser mit klaren und zutreffen- den Informationen beantwortet werden. Abend besuchen wir Jevgen Zakharow in seinem Büro in Charkiw. Ich habe ihn schon an vielen Orten in Europa getroffen aber noch nie hier.



Jevgen Zakharov und Rebecca Harms

Die Human Rights Protection Group in Charkiw ist die älteste Menschenrechtsorganisation in der Ukraine. Sie gehört zur Helsinki Menschenrechts-Organisation und wird seit langem auch von der EU unterstützt.

Das Büro der Gruppe in Donetsk, so wie das in Charkiw auch von der EU gefördert, musste kurz nach Beginn des Krieges wegen Angriffen und Drohungen gegen die Mitarbeiter von Seiten der sogenannten Separatisten geschlossen werden. Wir reden mit Zakharow wie bei unserem letzten Treffen vor gut zwei Monaten über die immer schwierigere Lage der Menschen in den selbsterklärten Volksrepubliken von Donetsk und Luhansk. Zakharow ist in großer Sorge über die Alten und Kranken, die dort geblieben sind, kein Geld haben und sich nicht versorgen können.

Er ist überzeugt, dass die Internationale Gemeinschaft, egal ob Minsk II hält oder nicht, etwas gegen die Not dieser Menschen tun muss. Mit ihm reden wir auch länger über den Fall des Journalisten und Kriegsdienstverweigerers Kozaba. Aus seiner Sicht kann man über die Ansichten und auch den Journalismus von Kozaba streiten, aber es sei doch völlig falsch, ihn ins Gefängnis zu stecken. Als Dissident aus der sowjetischen Zeit hat Zakharow viel gesehen an Menschenrechtsverletzungen. Er meint, dass es noch ein weiter Weg sei, bis in der Ukraine die Bedeutung des Rechts und der Unabhängigkeit der Justiz wirklich verstanden werden. Ich freue mich, dass er mit seinen Erfahrungen zu der Gruppe gehört, die die Bewerber für die nationale Kommission zur Korruptionsbekämpfung prüft.

Für alle Menschenrechtler müssen die Bibliothek und das Archiv in Charkiw eine Fundgrube sein. In den Regalen und Schränken, die überquellen von Büchern und Akten, findet sich bestimmt Vieles, um den Donbas und die Ukraine von heute besser zu verstehen.

19. - 21. Februar 2015 - Slawjansk und Artemiwsk

3. Teil

Die Fahrt in die ATO Zone soll mich an Orte bringen, die ich im Sommer schon einmal besucht habe. Unsere kleine Gruppe wird wieder von Wlad und Dima geführt. Wadim ist unser neuer Fahrer. Alle drei könnten die Strecken in der ATO Zone im Schlaf fahren. Sie gehören zu einer Freiwilligengruppe, die im letzten Jahr Tausende aus dem Kriegsgebiet evakuiert hat. Sie machen Krankentransporte, bringen Lebensmittel und Medikamente in umkämpfte Gebiete und abgeschnittene Dörfer. Und sie versorgen Soldaten.

Zum ersten Mal bin ich seit dem Beginn des Euromaidan außerhalb Kiews mit einer Abgeordneten der Rada unterwegs. Es ist Natalya Veselova. Sie stammt aus Donetsk, ihre Eltern leben in Slawjansk. Sie wurde im Oktober bei den Parlamentswahlen für die neue Partei Samopowitsch (Selbsthilfe) gewählt. Obwohl große Zweifel an den Erfolgsaussichten für neue Parteien gehegt und auch geschürt worden sind, hat es eine große Gruppe von Maidan-Aktivisten und Freiwilligen dann doch geschafft. Sie wollten sich nicht dem Druck innerhalb der alten politischen Parteien aussetzen. Und sie sind dank ihrer Konsequenz drittstärkste Kraft geworden.

Sie haben sich der Koalition um Poroshenko angeschlossen. Und sie arbeiten mit den Euromaidan-Aktivisten in der Verkhovna Rada in der Gruppe Euro-Optimisten zusammen. Unsere gemeinsamen Freunde Wlad und Dima betonen stolz, dass sie die erste ukrainisch-europäische Abgeordnetenreise begleiten.

Wadim lerne ich auf der Fahrt erst kennen. Seit Monaten ist er als Freiwilliger in der ATO Zone. Für ihn ist es unvorstellbar, sich nicht für die Ukraine einzusetzen. Für die Fahrt hat er sich fest vorgenommen, mit mir über Grüne Politik zu reden. Er arbeitet bei einem Unternehmen, das Erdöl und Erdgas gewinnt. Er diskutiert mit mir über Schiefergas und Fracking. Er will Informationen über die Regelungen zum Fracking, die in der EU gelten. Er findet, dass man Regeln braucht und die auch einhalten muss. Aber es müsse klar sein, dass man auf das Schiefergas in der Ukraine nicht verzichten könne. Er erzählt, dass er den Film gegen Fracking gesehen habe, in dem gezeigt wird, wie Wasser aus einem Wasserhahn irgendwo in Amerika angezündet werden konnte. Er verstehe nur nicht, warum das schlecht sei. Wäre das sein Hahn in der Ukraine, dann wäre das gut für sein Land und für ihn, und er wäre sehr glücklich, denn er wäre ein gemachter Mann. Eine kleine Geschichte aus der Ukraine, die ich unbedingt Lech Kowalski, dem Macher des Films Gazland, erzählen muss.

Wir kommen nach Slawjansk. Auf dem Platz am Ortseingang, auf dem im letzten Sommer ausgebrannte Fahrzeuge standen und viele Gefechtstrümmer herumlagen, hat der Wiederaufbau stattgefunden. Ein Kiosk ist wieder eröffnet. Man kann alles Mögliche einkaufen und Kaffee trinken. Und das Schild "Help us!", das während der heftigen Kämpfe um Slawjansk weltweit in allen Medien gezeigt wurde, hängt nicht mehr an einer Ruine sondern an einem Zaun. Dahinter wird ein Garten neu bestellt. Das Leben muss ja weiter



REBECCA HARMS

Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament



gehen, sagt Dima.

Die Fahrt in die ATO Zone soll mich an Orte bringen, die ich im Sommer schon einmal besucht habe. Unsere kleine Gruppe wird wieder von Wlad und Dima geführt. Wadim ist unser neuer Fahrer. Alle drei könnten die Strecken in der ATO Zone im Schlaf fahren. Sie gehören zu einer Freiwilligengruppe, die im letzten Jahr Tausende aus dem Kriegsgebiet evakuiert hat. Sie machen Krankentransporte, bringen Lebensmittel und Medikamente in umkämpfte Gebiete und abgeschnittene Dörfer. Und sie versorgen Soldaten.

Zum ersten Mal bin ich seit dem Beginn des Euromaidan außerhalb Kiews mit einer Abgeordneten der Rada unterwegs. Es ist Natalya Veselova. Sie stammt aus Donetsk, ihre Eltern leben in Slawjansk. Sie wurde im Oktober bei den Parlamentswahlen für die neue Partei Samopowitsch (Selbsthilfe) gewählt. Obwohl große Zweifel an den Erfolgsaussichten für neue Parteien gehegt und auch geschürt worden sind, hat es eine große Gruppe von Maidan-Aktivisten und Freiwilligen dann doch geschafft. Sie wollten sich nicht dem Druck innerhalb der alten politischen Parteien aussetzen. Und sie sind dank ihrer Konsequenz drittstärkste Kraft geworden.

Sie haben sich der Koalition um Poroshenko angeschlossen. Und sie arbeiten mit den Euromaidan-Aktivisten in der Verkhovna Rada in der Gruppe Euro-Optimisten zusammen. Unsere gemeinsamen Freunde Wlad und Dima betonen stolz, dass sie die erste ukrainisch-europäische Abgeordnetenreise begleiten.

Wadim lerne ich auf der Fahrt erst kennen. Seit Monaten ist er als Freiwilliger in der ATO Zone. Für ihn ist es unvorstellbar, sich nicht für die Ukraine einzusetzen. Für die Fahrt hat er sich fest vorgenommen, mit mir über Grüne Politik zu reden. Er arbeitet bei einem Unternehmen, das Erdöl und Erdgas gewinnt. Er diskutiert mit mir über Schiefergas und Fracking. Er will Informationen über die Regelungen zum Fracking, die in der EU gelten. Er findet, dass man Regeln braucht und die auch einhalten muss. Aber es müsse klar sein, dass man auf das Schiefergas in der Ukraine nicht verzichten könne. Er erzählt, dass er den Film gegen Fracking gesehen habe, in dem gezeigt wird, wie Wasser aus einem Wasserhahn irgendwo in Amerika angezündet werden konnte. Er verstehe nur nicht, warum das schlecht sei. Wäre das sein Hahn in der Ukraine, dann wäre das gut für sein Land und für ihn, und er wäre sehr glücklich, denn er wäre ein gemachter Mann. Eine kleine Geschichte aus der Ukraine, die ich unbedingt Lech Kowalski, dem Macher des Films Gazland, erzählen muss.

Wir kommen nach Slawjansk. Auf dem Platz am Ortseingang, auf dem im letzten Sommer ausgebrannte Fahrzeuge standen und viele Gefechtstrümmer herumlagen, hat der Wiederaufbau stattgefunden. Ein Kiosk ist wieder eröffnet. Man kann alles Mögliche einkaufen und Kaffee trinken. Und das Schild "Help us!", das während der heftigen Kämpfe um Slawjansk weltweit in allen Medien gezeigt wurde, hängt nicht mehr an einer Ruine sondern an einem Zaun. Dahinter wird ein Garten neu bestellt. Das Leben muss ja weitergehen, sagt Dima.



Am Ortseingang von Slawjansk hat ein Kiosk wieder offen. Hinter dem Schild 'need help' wird ein Garten bestellt

In der Stadtverwaltung treffen wir den Bürgermeister und seine Mitarbeiter, die für die Binnenflüchtlinge zuständig sind. IDPs muss das heißen und nicht Flüchtlinge, erklären uns die Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Die Flüchtlinge in ihrer Stadt seien keine Flüchtlinge sondern IDPS - internally displaced persons. Mit den Leuten vom UNHCR habe man hier die Fragen zu Status, Rechten und Registrierung erarbeitet. Wir erfahren, dass es auch in Slawjansk eine sehr große Zahl von Binnenflüchtlingen gebe. Viele seien schon lange in Slawjansk. Und man gebe sich in der Stadt große Mühe, dass es ihnen so gut wie möglich gehe. Aber die Umstände seien oft schwierig.

Die Ankunft werde am Bahnhof der Stadt organisiert. Dort werde der erste Papierkram gemacht und die Leute bekämen Lebensmittel und andere Dinge für den täglichen Bedarf. Schon bei der Ankunft wären Psychologen und Ärzte da. Aber zuerst ginge es meist darum, erst einmal etwas zu essen und eine Bleibe zu finden. Viele der Flüchtlinge kämen ohne alles hier an. Die meisten Leute würden dann nur eine oder zwei Wochen in zentralen Unterkünften sein. Aber Wohnraum werde knapp. Und in Schulen und Kindergärten werde es eben immer schwieriger. Psychologische und ärztliche Betreuung seien unbedingt nötig. Die Dezernentin für das Gesundheitswesen gibt mir eine Liste der Dinge, an denen es mangelt. Die Arbeitslosigkeit in der Stadt liegt bei mindestens 30%.



REBECCA HARMS

Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament



Mit Pressesprechern und meiner Freundin Galina vor der Verwaltung in Slawjansk



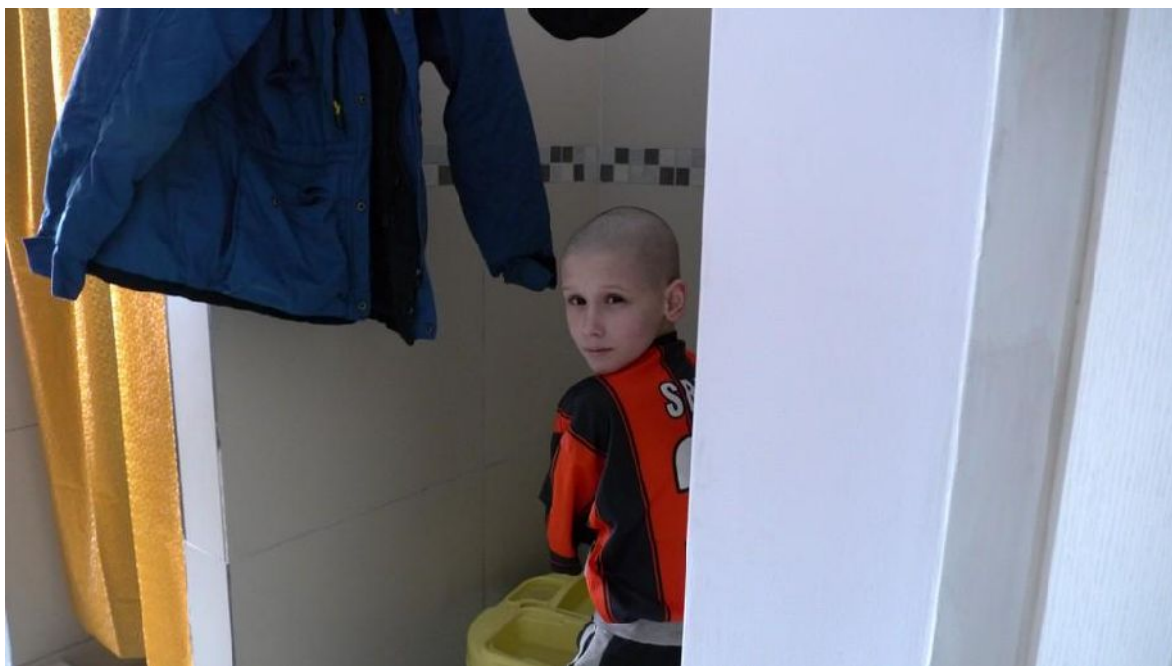
In Zelten wird die Erstversorgung für Flüchtlinge angeboten



Der Bürgermeister will wissen, ob es zu der Geberkonferenz für Donbas kommen wird. Und er will wissen, ob es wirklich beabsichtigt sei, den Donbas wieder aufzubauen. Was kann ich sagen? Die Geberkonferenz ist schon so lange im Gespräch und wurde jetzt schon wieder vom Frühjahr auf den Herbst 2015 verschoben. Die Verwaltung von Slawjansk muss sich aber schon jetzt darauf vorbereiten, dass die Anforderungen nicht kleiner sondern größer werden.

Wir fahren an den Bahnhof. In der Registrierungsstelle ist es leer. Vor einigen Tagen seien aber viele Leute aus Debaltsewe gekommen. Zwei Frauen kommen herein, während wir mit der Psychologin reden. Beide kommen aus Debaltsewe. Sie wollen sich erkundigen, ob es Fahrkarten an andere Orte gibt. Sie sagen, sie wollten arbeiten, aber in Slawjansk sei das wohl schwierig. Ein Mann von der Verwaltung erklärt ihnen offensichtlich mögliche Jobs. Die Frauen beschließen sofort, sich doch registrieren zu lassen. Nebenan in einem Zelt gibt es Essen und auch medizinische Versorgung für die Binnenflüchtlinge. Es gibt Windeln, Hygieneartikel, Nahrungsmittel. Alles was hier verteilt wird, stamme aus Spenden. Die Organisation der Küche und des Sanitätsdienstes wird auch von Freiwilligen geleistet.

Am Rand der Stadt wohnen in einem frisch renovierten Haus dutzende von Kindern meist mit Müttern und Großmüttern. Eine junge Frau erzählt, dass sie so lange in Debaltsewe geblieben sei, weil sie fast ganz von ihrem Feld, ihrem Garten und wenigen Tieren lebten. Das Haus und das bisschen Land gehörten ihr und ihrem behinderten Mann. Wovon sollten sie woanders leben? Aber dann seien die Kämpfe so schlimm geworden, dass sie wegen der Kinder gehen musste. Ihr Mann sei zurückgeblieben, um auf das Haus aufzupassen. Das Flüchtlingsheim wird von einer kirchlichen Hilfsorganisation geführt. Es erscheint für ukrainische Verhältnisse perfekt. Mit dem Bürgermeister reden wir darüber, ob ein Programm zur Fertigstellung oder Sanierung von Wohnungen von der EU gefördert werden kann.



Flüchtlingskind in einem renovierten Haus am Rande von Slawjansk



Viele der Binnenflüchtlinge wollten nah an ihrer alten Heimat bleiben. Wahrscheinlich müsse man sich in Slawjansk und anderen Orten in der Nähe von Donetsk und Luhansk darauf einstellen, dass man Unterkunft und Arbeit für mehr Menschen braucht.

Bevor wir nach Artemiwsk aufbrechen, frage ich meine Begleiter und den Bürgermeister, warum es den Flüchtlingen bei ihnen relativ gut ergehe, wie uns in kurzen zufälligen Gesprächen bestätigt wurde. Natalya meint, dass die Leute in Slawjansk selber die Erfahrung mit den Separatisten und dem Krieg gemacht hätten. Sie könnten besser verstehen, warum die Leute nicht gleich alle weggegangen seien. Aber sie könnten auch verstehen, dass man sich nach den Erfahrungen mit der Gewalt in diesem Krieg nach einiger Zeit doch noch entscheidet, aus dem Separatistengebiet fort und in die Ukraine zu gehen.

In der Stadtverwaltung von Slawjansk treffe ich zufällig eine alte Freundin aus Artemiwsk. Galina gehörte zu einer Gruppe von Umweltschützern und Anti-Atom-Aktivisten, mit denen ich und die Bürgerinitiative gegen Gorleben vor Jahren zusammen gearbeitet hatten, um ein Endlager in der Region zu verhindern. Damit hatten wir damals Erfolg. Die Gruppe sei inzwischen zerstritten über die Zukunft von Artemiwsk. Sie selber sei für die Ukraine, andere für Russland. Die ganze Stadt sei zerstritten.

In Artemiwsk fahren wir direkt zum Krankenhaus. Dort sind die meisten der Verletzten von Debaltsewe untergebracht und versorgt worden.



Kinder aus der ganzen Ukraine malten Bilder für die verletzten Soldaten im Lazarett

Wlad will uns mit dem Chef der Sanitäter und Ärzte zusammen bringen. In der Einfahrt zum Krankenhaus versuchen müde Soldaten, sich in der Sonne aufzuwärmen. Andere gehen bewaffnet Wache vor dem Krankenhaus. In den letzten Tagen habe es Schüsse auf das Krankenhaus gegeben. Die Bilder von den Kämpfen der letzten Wochen erinnerten oft an Bilder aus den letzten Weltkriegen. Auch am Eingang des Krankenhauses Artemiwsk fühlt man sich zurückversetzt. Die



Gebäude, die Autos, die zusammengestoppelten Uniformen der Soldaten des Bataillon Donbas, all das scheint nicht in der Jetztzeit in Europa zu spielen. Einer der Soldaten kommt lächelnd auf mich zu. Er freut sich, als ich mich erinnere, ihn schon bei meinem letzten Besuch gesprochen zu haben. Ich freue mich, ihn lebend zu sehen. Er hat keine Zeit für ein längeres Gespräch, denn er ist für den Transport von Verletzten zuständig. Er sagt, die Verwundeten müssten in ungeheizten Räumen liegen. Und über das Krankenhaus heiße es, dass sie hier Geld nehmen.

In der Nachbarschaft zum Krankenhaus ist ein leerstehendes Gebäude zum Feldlazarett umgebaut worden. Dort wird erste Hilfe geleistet. Es gibt Untersuchungszimmer, eine Apotheke und auch die Verwaltungsarbeit für die Verwundeten wird hier gemacht. Bei einer Führung durch das Gebäude wird einerseits klar, wieviel auch hier Freiwillige gearbeitet haben, um rasch eine Unterkunft für ein provisorisches Lazarett und Unterkunft für Soldaten zu schaffen.

Der Apotheker des Bataillons zeigt uns seine Vorräte. Zur Zeit habe er alles, was er brauche. Aber nichts von seinen Vorräten sei vom Staat gekommen. Alles sei über Spenden und Freiwilligenarbeit zusammen gekommen. Der Stolz auf die Freiwilligen und ihre enorme Unterstützung für die Soldaten ist groß. Die Frage nach der Rolle des Staates wird nicht ausgesprochen, hängt aber über der ganzen Führung durch das Haus.



In vielen der kalten, feuchten Räume stehen dicht an dicht Betten mit unendlich vielen zusammengewürfelten Decken

In einem dieser Räume treffen wir Sanitäter und Ärzte des Bataillon Donbas, die auch gerade aus Debaltsewe zurück sind. Sie versuchen, sich auszuruhen und zu schlafen. Ich habe Angst, sie zu stören. Aber sie wollen doch reden. Sie waren seit Oktober in Debaltsewe. Einhundertvierzig lange Tage waren wir dort, sagt einer. Sie haben beobachtet, wie die andere Seite rund herum in Stellung gegangen sei und sich eingegraben habe. Auch sie wissen nicht, wie viele Opfer es dort gegeben habe. Aber es sei schlimm gewesen. Und sie wollen sich ausruhen. Es müsse dringend einen Wechsel in ihrer Einheit geben, sagen sie.



140 Tage lang waren diese Ärzte und Soldaten in Debaltsewe im Einsatz

Mit dem Stabsarzt, der im Bataillon die Sanitäter leitet, sprechen wir in seinem Büro. Auch er lobt die Hilfe der Freiwilligen. Aber er ist sich der gespaltenen Stimmung in der Stadt bewusst. Der Krieg ver - stärke die Spannungen, die es immer gegeben habe. Er meint, zur Zeit stehe es 60 zu 40 für Kiew. Aber trotzdem sei es schwierig. Für ihn sei es selbstverständlich, für sein Land zu kämpfen und sich gegen eine Invasion zu wehren. Wenn es eine Möglichkeit zum Waffenstillstand gäbe, würde er sie aber bestimmt nutzen.

Er hat seine Ausbildung noch an der Militäarakademie in Moskau gemacht. Er sei in Afghanistan dabei gewesen. Und nach seiner Pensionierung habe er in 10 Jahren drei Blauhelm-Einsätze als Arzt mitgemacht. Und wenn man ihn fragte, wie ein Waffenstillstand funktionieren könne, dann sage er, nur mit einem robusten Blauhelm-Einsatz..

Auf seinem Schreibtisch liegen drei Schokoriegel 'suisse military'. Er schiebt sie auseinander. Hier Donetsk, da Luhansk und der dritte Riegel dazwischen, das sei die entmilitarisierte Zone. Und da müssten die Blauhelme sein. Keiner sonst könne so etwas kontrollieren und sichern. Und die Blauhelme wären auch für die Grenze zwischen Donbas und Russland das Richtige. Ja, er sei für den Kompromiss, den Poroschenko in Minsk gemacht habe. Aber dieser Kompromiss für einen Waffenstillstand könne nicht anders verwirklicht werden als mit neutraler Hilfe von außen. Damit dürfte nicht wieder zu lange gewartet werden. Er sagt, wenn die DNR und LNR mit der Hilfe Russlands versuchen würden, Mariupol oder Charkiw zu besetzen, wie sie es schon ankündigten, dann müssten und würden die Ukrainer sich weiter verteidigen.



Mit vielen Freiwilligen leitet Stabsarzt Oberst Igor Ilkin das Artemiwsker Lazarett

Für seine Arbeit braucht er dringend Rettungswagen. Nicht supermodern oder nagelneu müssten diese Ambulanzen sein, aber sie müssten Reanimation möglich machen. Drei gut funktionierende Wagen wurden zerstört. Nur für einen soll es in den nächsten Tagen Ersatz geben. Wenn Sie bitte da - für etwas tun könnten! Er glaubt, dass er die Rettungswagen weiter braucht. Wenn sie nicht mehr gebraucht werden, dann sollten sie dem Krankenhaus Artemiwsk übergeben werden.

Ein junger Arzt will etwas Dringendes mit ihm besprechen. Er hat sich zusammen mit seinem Vater, der auch Arzt ist, freiwillig gemeldet. Und er freut sich, mich zu sehen. Auch wir haben uns im letzten Sommer getroffen. Es geht mir mit ihm wie mit dem Soldaten vor dem Krankenhaus. Oder auch mit Wlad oder Dima. Wir haben uns erst ein, zwei oder drei Mal gesehen. Immer hier in der Zone. Aber wenn wir uns treffen, dann haben wir das Gefühl, uns schon eine Ewigkeit zu kennen.

Vor dem provisorischen Krankenhaus soll in den nächsten Tagen eine kleine Kapelle zum Gedenken an die Toten auf dem Maidan und den Opfern des Krieges errichtet werden. Wir fahren zurück nach Slawjansk. Es gibt eine Überraschung für mich: Zum Abendessen werden wir bei den Eltern von Natalya Veselowa erwartet. Sie freut sich, dass ich mich einladen lasse. Ich freue mich auf einen Abend mit ganz normalen Leuten aus Slawjansk, wie Wlad sie mir beschreibt. Nata - lyas Eltern leben in einem der unzähligen kleinen alten Häuser, die große Teile von Slawjansk und an- deren Städten hier im Osten so dörflich erscheinen lassen. Es ist eines von diesen Häusern hinter den bunten Zäunen, das nicht zerstört wurde, als Granaten im letzten Jahr nur wenige hundert Meter entfernt einschlugen. Wir werden erwartet. Für Jeden gibt es Schlappen.



REBECCA HARMS

Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament



Und wir sitzen kaum am Tisch als auch schon aufgetragen wird. Drei Sorten Gurken und die besten eingelegten Tomaten von Slawjansk, wie mir von den Männern am Tisch erklärt wird. Das Stragula auf dem Boden, die Wachstumdecken, die eingelegten Gurken, das Huhn auf gestampften Kartoffeln - wie ein Rücksprung in meine eigene Kindheit. Nicht über den Krieg reden, signalisiert Wlad und legt einen Finger auf seine Lippen. Natalyas Vater erklärt mir ungefragt, dass es für ihn nie in Frage gekommen wäre, hier weg zu gehen. Auch nicht, als die Separatisten aus Donetsk kamen. Nicht freiwillig. Hier wissen er und seine Frau was sie haben. Das Haus. Ein Stück Feld. Das sei nicht viel. Aber es sei viel besser als Ungewissheit.



Unzählige Einschläge von Schrapnellgranaten zerstörten diese Werbetafel in Slawjansk

Ich höre das nicht zum ersten Mal. Als in der Stadt gekämpft wurde, hat Natalya versucht, die Eltern hier wegzuholen. In dieser Familie ist es so gewesen wie in vielen anderen auch. Die Jungen sind gegangen, die Alten mochten sich nicht entscheiden. Als wir uns verabschieden, rührt mich, wie stolz die Eltern bei allen Meinungsverschiedenheiten auf ihre Tochter sind, auf die Abgeordnete der Verkhovna Rada.

Eine der alten Frauen unter den Flüchtlingen in Slawjansk hatte schon am Morgen versucht, uns zu erklären, wie schwer die Flucht gefallen sei. Wir haben doch schon den großen Krieg überlebt, hatte sie gesagt. Wir können gar nicht glauben, dass wieder Krieg ist. Zwei Mal Krieg in einem Leben. Es kann doch nicht sein, dass wir, die wir den ersten großen Krieg hier überlebt haben, jetzt hier sterben. Später sagt Natalya, dass sie einerseits große Angst gehabt hat um ihre Eltern. Sie selber hat sehr engagiert eine Freiwilligen-Organisation mit aufgebaut und ist flammend pro-ukrainisch und pro-europäisch. Das hat die Situation für die Eltern gerade in der Zeit der Separatisten nicht einfacher gemacht. Aber andererseits weiß sie gut, warum das Vertrauen in Kiew so brüchig ist und nicht nur bei ihren Eltern. In der Pressekonferenz am nächsten Tag in Charkiw wird sie genau auf diesen Streit unter den Leuten im Donbas angesprochen. Sie antwortet, dass die Leute im Donbas, die heute unentschieden sind, wohl am ehesten diejenigen unterstützen würden, die normales Leben und irgendwann auch Frieden bringen würde.



Rebecca Harms

Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament



19. - 21. Februar 2015 - Rückblick und Versuch eines Resümées

4. Teil

Meine letzte Reise in die Ukraine liegt jetzt schon drei Wochen zurück. Es fällt schwerer als je ein Resümee zu ziehen. Anlässlich des 1. Jahrestages der Annektierung der Krim will ich es doch noch versuchen.

Auch deshalb, weil meine letzte Verabredung in Kiew ein Frühstück mit dem jungen Journalisten Denis Trubetskoy von der Krim war. Unsere Wege kreuzen sich zum ersten in Echtzeit. Ich bin auf Twitter über Denis gestolpert. Seine schnörkellosen Kommentare über die Entwicklungen während und nach der Okkupation der Krim durch Russland, in einem schönen deutsch noch dazu, sind mir wertvoll geworden. Ich bin froh, als wir uns zum ersten Mal gegenüber sitzen. Ich lerne, dass er über das Fernsehen und eine Übertragung der Tour de France zuerst Fan von Erik Zabel und dann vom Radsport, vom Sport an und für sich und dann Fan von Deutschland geworden ist. Er gehört zu den Ukrainern, die trotz der Annektierung der Krim nicht von der Insel weg wollten. Obwohl er den Euromaidan unterstützt. Gerade deshalb ist es für ihn schwer auszuhalten, dass die Entwicklungen in seiner Heimat den Rest der Welt so wenig interessiert. In Russland sei die Krim weiter ein Topthema. In der EU käme sie kaum noch vor. Auch wenn ich das erklären kann, überzeuge ich mich mit meinen Antworten über die Wechsel der Prioritäten in der internationalen Öffentlichkeit noch nicht einmal selber. Boris insistiert, dass es nicht sinnvoll sei, Sanktionen wegen der Krim zu verhängen aber sich nicht für das Leben auf der Krim zu engagieren. Und er sagt, dass es auch nicht reiche sich mit dem Unrecht an den Krimtataren allein zu befassen. Ja, die Tataren bräuchten Schutz durch Aufmerksamkeit für ihr Schicksal. Aber auch die Ukrainer und Russen, die gegen die Annektierung waren und sind, dürften nicht vergessen werden. Die Annektierung aber auch die Sanktionen hätten Folgen in vielen Bereichen des Lebens. auch die ukrainische Regierung mache ihre Unterstützung und sozialen Verpflichtungen gegenüber ihren Bürgern auf der Krim schwer erreichbar. Inzwischen fühlte man sich als Bewohner der Krim so, als wenn sich die ganze Welt gegen einen verschwören wolle. Er selber hat immer mehr Probleme organisatorischer Art. Eingeschränktes Internet, eingeschränkter Bankverkehr machen sein Journalistenleben schwer. Theoretisch könne man von der Krim aus auf Reisen gehen. Praktisch seien die öffentlichen Verkehrsverbindungen durch den ukrainischen Staat insgesamt gekappt, sodass jede Reise in die Ukraine kompliziert sei. Als Ukrainer der auf der Krim geblieben sei, müsse man auch immer damit rechnen, schief angesehen zu werden. Sanktionen, die nicht den Alltag der Leute treffen und zuverlässige Aufmerksamkeit für die Krim wünscht sich Denis Trubetskoy von mir, von der EU, aber auch von der Regierung in Kiew.

Zuverlässigkeit und Klarheit sind wohl die Begriffe mit denen man am besten beschreiben kann, was man in der Ukraine von der EU erwartet. Meine ganze Reise stand unter dem Eindruck von Minsk, Debaltsevo, von Hoffnung und Misstrauen. Und ich erwähne deshalb noch einmal, was ich auf meinem Besuch im Osten der Ukraine so oft erfahren habe: Niemand muss den Leuten dort erklären, dass Waffenstillstand und Frieden die bessere Alternative sind. Denn sie kennen das Leben im Krieg besser als die allermeisten, die im Westen über den Wunsch nach Frieden reden. Zur Zeit heißt es in den OSZE Berichten, dass die Lage entlang der Demarkationslinie sich insgesamt beruhige. Es gibt aber Berichte über Orte, an denen die Angriffe weitergehen. Der Rückzug der schweren Waffen und Soldaten gleiche eher einer Umgruppierung und Neuaufstellung. Die Anspannung und die Erwartung neuer Angriffe sind geblieben. Die ukrainische Stadt Mariupol, die nach Aussagen von



Rebecca Harms

Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament



Anführern der von Russland unterstützten Separatisten zu strategisch wichtigen Zielen gehören könnte, bereitet sich auf einen Angriff weiter vor.

Grosse Erwartungen richten sich gerade in der EU an die Möglichkeiten der OSZE Beobachtungsmission die Lage so zu kontrollieren, dass durch Früherkennung eine neue Eskalation gebannt werden könnte. Wer die Ausstattung der Mission mit Personal und Gerät kennt, der weiß, dass diese Einschätzung unrealistisch ist. Ich hatte mich schon während meines Besuches im Osten sehr für die Vorbereitung eines Blauhelmeinsatzes stark gemacht, weil ich glaube, dass es tatsächlich einer anderen Präsenz der internationalen Gemeinschaft und eines robusteren Mandates bedarf um zu versuchen, die Lage unter Kontrolle halten zu können. Diese Diskussion wird verdrängt. Unverantwortlich ist, dass gleichzeitig dann nicht wenigstens alles getan wird, um die beschlossene Aufstockung der OSZE-Mission zu verwirklichen. Es ist beschämend, dass die OSZE eine so große Bedeutung durch Minsk II bekommt aber die EU Länder sich bei Entsendung und besserer Ausstattung weiter zurückhalten. Wer an Minsk II ernst nimmt, der darf bei diesem Einsatz nicht zögern. Die OSZE Mission muss mehr Leute bekommen und die müssen militärische Erfahrung haben. Die Gründe für die Forderung nach Blauhelmen für die Ostukraine liegen ja gerade in der Schwäche der bisherigen Mission. Die kann nur überwunden werden, wenn auch die EU Staaten endlich erfüllen was sie mit dem Minsker Abkommen erneut unterstützen.

Es gehört in der Ukraine-Diskussion in Brüssel zum Common Sense: Wir müssen gegen den Krieg im Osten, gegen die Destabilisierung mit erfolgreichen Reformen gewinnen. Ich höre mich selber noch, wie ich immer und immer wieder so argumentierte. Aber das ist ja nur die halbe Wahrheit. Nichts ist schwieriger als die Reformen, wie sie vor den Ukrainern liegen. Das wissen wir, weil wir aus EU Ländern Erfahrungen haben mit den Problemen und Verwerfungen, und zwar nicht nur im Osten der EU sondern auch in einem auch oligarchisch geprägten Land wie Griechenland. Und ein Land, das in einen Krieg verwickelt ist, hat es noch unendlich viel schwerer. Es ist höchste Zeit eine starke Task Force Ukraine zu schaffen, die von Brüssel koordiniert wird. Diese Task Force muss den Ukrainern, und zwar ausdrücklich nicht nur mit den Kiewer Politikern sondern auch mit der Zivilgesellschaft bei den Entscheidungen zu Schwerpunkten der Reformen und ihre Implementierung assistieren. Die polnische Verwaltungsreform gilt in der Ukraine als Orientierung. Also müssen auch Polen für diesen Bereich eingesetzt werden. Der Energiebereich hat andere Anforderungen. Auch da müsste rasch entschieden werden, wer am besten unterstützen kann. Es wird viel Geld brauchen, um die Ukraine zu stabilisieren. Aber Geld allein ohne engagierte Unterstützung beim Aufbau funktionierender Institutionen wird nicht reichen. Ich halte nichts von den Bestrebungen ehemaliger EU Kommissare und Minister, ohne jede Kenntnis des Landes diese Beratung zu leisten. So sehr ich Bernard Kouchner schätze, so weiss ich doch, dass es in der Ukraine in Krankenhäusern und Schulen Leute gibt, die schon wissen, was geändert werden muss. Und deren Wissen muss für den Aufbruch und für die Reformen organisiert werden. Dass Bundestagsabgeordnete im Nebenjob die Ukraine auf Vordermann bringen wollen, das verschlägt mir den Atem. Ich hoffe, dass diese teure Arroganz nicht zum Zuge kommt. Es ist Sache der EU die notwendige Beratung gestützt auf erfahrene Leute zu organisieren.

Die Ukraine und die Russlandsanktionen waren Thema beim Frühjahrsgipfel der Europäischen Staats- und Regierungschefs. Ich habe nicht damit gerechnet, dass in Brüssel auf die Zögerlichkeit bei der Umsetzung von Minsk II mit neuen Sanktionen gegen Russland reagiert wird. Aber es enttäuscht mich maßlos, dass es keine verbindliche Verknüpfung von Sanktionen und der Umsetzung des Waffenstillstands- und Friedensplans gegeben hat. Die von Ratspräsident Tusk vorgeschlagene Verknüpfung hätte der EU weitere Debatten um Sanktionen wahrscheinlich erspart, mit denen bisher nicht nur die eigene Position und sondern die der Ukraine geschwächt worden ist. Als Reaktion auf die neue aggressive Politik Russlands hat der Gipfel in Brüssel auch über Wege aus der



Rebecca Harms

Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament



Energieabhängigkeit beraten. Leider bleiben die Pläne, die dafür in der neu ins Leben gerufenen Europäischen Energieunion verankert wurden, hinter den Notwendigkeiten und den Möglichkeiten der EU weit zurück. Statt mit neuen Technologien der Effizienz und der Erneuerbaren Energien die EU nach vorn zu bringen, verharren die Staats- und Regierungschefs in einer kurzsichtigen und nicht überzeugenden Planung hauptsächlich über den Ersatz der Erdgasimporte aus Russland. So wie jetzt geplant schafft man weder Versorgungssicherheit noch Sicherheit im klassischen Sinne.

Ein Jahr nach der Annektierung der Krim, mit Tausenden von Toten und an die zwei Millionen Flüchtlinge durch den Krieg im Donbas, um einen großen Teil ihres Territoriums zur Zeit beraubt, in schwerer Wirtschafts- und Finanzkrise braucht die Ukraine Unterstützung der eigenen Bürger und der EU Nachbarn. Wir müssen uns in der EU darauf einstellen, dass es ein Generationenprozess ist, den der Euromaidan im größten Land in unserer Nachbarschaft in Gang gesetzt hat. Der Weg aus der vertikalen Korruption braucht Druck von außen gerade von den europäischen Freunden. Es wird uns Geld und Mühe kosten. Es wird Frustrationen geben. Aber es ist alle Anstrengungen wert. Denn weiterhin bleibe ich dabei, dass die EU diejenigen unterstützen muss, die Freiheit und Recht verwirklichen wollen. Die EU scheitert, wenn sie nicht diejenigen stützt, die für unsere Werte streiten. Alles was jetzt in der Ukraine getan wird, dient auch den Interessen der anderen Länder in unserer östlichen Partnerschaft und ihrem Recht auf territoriale Integrität und auf Selbstbestimmung.

Einstellen müssen wir uns auch darauf, dass die Beziehungen zur russischen Führung weiter schlecht sind. Es gibt bisher leider keine Zeichen für einen Erfolg der diplomatischen Bemühungen, mit dem russischen Präsidenten und der russischen Führung wieder zu einer gemeinsamen Sprache zu finden. Der Mord an Boris Nemzow hat die Eskalation im Inneren des Landes krass zu Tage gebracht. Umso wichtiger ist weiter Geschlossenheit hinter den Wirtschaftssanktionen. Umso wichtiger wäre auch eine Energieunion, die die neuen und wirklich alternativen Energiestrategien in den Mittelpunkt stellt. Angesichts der Verschlechterung des Verhältnisses zu Russland sollten wir aber auch alle unsere Möglichkeiten nutzen, mit der Zivilgesellschaft Russlands im Gespräch zu bleiben. So viel auch in den letzten Wochen über das Einsammeln russischer Erde durch die Annektierung der Krim in Moskaus Straßen gejubelt wurde, so tief ging doch auch das Erschrecken über den Mord an Boris Nemzow, dem ranghöchsten Oppositionspolitiker Russlands. Und die Zustimmung zum Krieg in der Ukraine war unter den Russen nie wirklich so stark, wie die russische Führung das erwartet. Es gibt auch aus Russland Meldungen, die eine positive Herausforderung für uns sind.



Rebecca Harms

Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament

